



AtV Aufbau Taschenbücher

Hat sich die Sprache nach dem Fall der Mauer als einigendes Band erwiesen? Oder reden Ost- und Westdeutsche häufig aneinander vorbei, wenn sie miteinander sprechen? Verändert sich die Alltagskommunikation im zusammenwachsenden Berlin? Wie haben Politiker und Journalisten aus der DDR und der Bundesrepublik den Zusammenbruch des Sozialismus reflektiert? Helfen die Medien in der Asyldebatte Barrieren abzubauen, oder vertiefen sie politische Konflikte?

DM 19,80
ÖS 155,00

ISBN 3-7466-8004-2



WER SPRICHT DAS WAHRE DEUTSCH?

1980

AtV



WER SPRICHT DAS WAHRE DEUTSCH?

AtV

AtV DOKUMENT UND ESSAY

In den beiden deutschen Staaten bildeten sich mit den verschiedenen Wirtschafts- und Sozialsystemen auch Unterschiede im öffentlich-politischen und privaten Sprachgebrauch heraus. Nach dem Fall der Mauer konnten Ost- und Westdeutsche ungehindert miteinander sprechen, doch ihre Verständigungsprobleme sind nicht behoben, in vielen Bereichen wachsen sie seit dem Vollzug der Einheit sogar an. Wissenschaftler aus den alten und neuen Bundesländern untersuchen Ursachen und Folgen solcher häufig mit Emotionen beladenen Kommunikationskonflikte. Neben der Alltagssprache der Frau und des Mannes auf der Straße sowie von Jugendlichen steht der Umgang mit Konflikten in der Sprache der Politik und in der Presse im Zentrum der Studien.

Die Analysen nach der »Wende« fallengelassener, weitergebrauchter oder neuentstandener Begriffe und Deutungsmuster, des Bedeutungswandels einzelner Wörter bzw. des spezifischen Sprachverhaltens von Politikern, Journalisten, Schriftstellern schließen die kritische Reflexion des gesellschaftlichen Kontextes ein.

RUTH REIHER, Jahrgang 1938. Studium der Germanistik und Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin, Promotion und Habilitation auf dem Gebiet der deutschen Gegenwartssprache. Lehre und Forschung zur deutschen Sprache des 20. und des 19. Jahrhunderts. Professorin für Sprachwissenschaft des Deutschen an der Humboldt-Universität zu Berlin.

RÜDIGER LÄZER, Jahrgang 1959. Studium der Germanistik, Anglistik und der Pädagogik an der Humboldt-Universität zu Berlin, Promotion auf dem Gebiet der Germanistischen Linguistik mit einer Arbeit zu Pressekommentaren. Zur Zeit sprachwissenschaftlicher Assistent am Institut für deutsche Sprache an der Humboldt-Universität.

Wer spricht das wahre Deutsch?

Erkundungen zur Sprache im vereinigten Deutschland

*Herausgegeben von Ruth Reiher
und Rüdiger Läzer*

Aufbau Taschenbuch Verlag

ISBN 3-7466-8004-2

1. Auflage 1993
© Aufbau Taschenbuch Verlag Berlin
Reihengestaltung Sabine Müller, FAB Verlag, Berlin
Einbandgestaltung Frank Odening, FAB Verlag, Berlin
Satz LVD GmbH, Berlin
Druck Elsnerdruck, Berlin
Printed in Germany

Inhalt

Vorbemerkung	7
Dietrich Busse: Deutschland, die »schwierige Nation« – Mythos oder Wirklichkeit?	8
Wolfgang Teubert: Sprachwandel und das Ende der DDR	28
Bert Bresgen: Grenzgänger und Wiedergänger. Zur Berichterstattung des »Neuen Deutschland« über die Öffnung der ungarischen Grenze im September 1989	53
Rüdiger Läger: Der gewendete Journalismus im Unter- gang der DDR. Zum Wandel von Strategien der Kom- mentierung innenpolitischer Konflikte	87
Rainer Jogschies: Die vier Wände nach dem Fall der Mauer. Warum die westdeutsche Berichterstattung über die Vereinigung ab Herbst 1989 die Trennung ver- größerte	107
Colin Good: Die sprachliche Inszenierung der Haupt- stadtdebatte. Oder: »Wie kann es Konsens in einer Frage geben, die eine klassisch-klare Entscheidung erfordert?«	117
Armin Burkhardt: Vergangenheitsüberwältigung. Zur Berichterstattung über die »Affäre Fink« in deut- schen Medien	126
Ruth Reiher: Das »Zu-sich-selber-Kommen des Men- schen«. Zum Umgang mit Konflikten in der Kommu- nikation der DDR	147
Caja Thimm: »Ja, liebe Zeit – das war doch charmant vorgetragen!« Weibliche Sprachform als Anlaß poli- tischen Konfliktes	161

Helmut Schönfeld: Auch sprachlich beigetreten? Sprachliche Entwicklungen im zusammenwachsenden Berlin	187
Jürgen Beneke: »Am Anfang wollten wir zueinander ...« – Was wollen wir heute? Sprachlich-kommunikative Reflexionen Jugendlicher aus dem Ost- und Westteil Berlins zu einem bewegenden Zeitthema	210
Johannes Volmert: »Asylantendebatte« in Ost und West. Ein Lehrstück über die Instrumentalisierung politischer Vorurteile	239
Paul-Hermann Gruner: »Rechte« Karriere eines »linken« Wortes? Vom Aneignungsdrang der Kampfsprache der Republikaner am Beispiel der Revolutionslosung »Wir sind das Volk«	272

Vorbemerkung

Es wäre verwunderlich, wenn nicht auch unsere Sprache von den politischen Veränderungen der letzten Jahre betroffen wäre. Und doch ist es nicht »das Deutsche« an sich, das sich in für Sprachentwicklung so kurzer Zeit verändert hat, wie der zugegeben etwas zugespitzte Titel des Bandes nahelegen könnte. Nein, es ist der Gebrauch dieser Sprache, das Reden und Schreiben über- bzw. miteinander, ob in der Politik, den Medien oder im Alltag eines jeden. Daher ist dieses Büchlein eher eins über die Deutschen als über ihre Sprache, über ihren Umgang mit ihrer Sprache und miteinander in den unterschiedlichsten Kontexten.

Die Idee zum Band entstand nach einer Konferenz der »Arbeitsgemeinschaft Sprache in der Politik e.V.« zum Thema »Sprache im Konflikt«, auf der eben dieser »innerdeutsche« Konfliktherd der Vereinigung lebhaftes Interesse hervorrief. Einzelbeobachtungen zur Sprache der Wende in der DDR, zu Schwierigkeiten der Kommunikation zwischen Ost- und Westdeutschen oder zu sprachlichen Aspekten der sogenannten »Asyldebatte« ließen die Notwendigkeit, mit unserer Sprache bewußter umzugehen, deutlich werden. Ein erster Schritt dazu ist die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für sprachliche Dimensionen der Konfliktdarstellung und -lösung. Diesem Ziel sind die Beiträge dieses Bandes verpflichtet. Die innere Spannung resultiert aus den verschiedenen Perspektiven der Autoren, die sich ergänzen, zum Teil auch widersprechen. Nehmen wir die Widersprüche zum Anlaß, uns selbst kritisch aus der Perspektive des anderen zu betrachten, um so eine gemeinsame Sprache auf dem Hintergrund der verschiedenen Erfahrungen zu finden.

Ruth Reiher und Rüdiger Läger

- Becher, Johannes R. (1969): Auf andere Art so große Hoffnung. Tagebuch 1950. In: J. R. B.: Gesammelte Werke. Bd. 12. Berlin und Weimar.
- Bengsch, Gerhard (1969): Krupp und Krause. Berlin.
- Bruyn, Günter de (1968): Buridans Esel. Halle (Saale).
- Die Aufgaben der Kultur bei der Entwicklung der sozialistischen Menschengemeinschaft. Beschluß des Staatsrates der DDR vom 30. November 1967. In: Schriftenreihe des Staatsrates. Berlin, 2/1967.
- Hager, Kurt (1968): Die Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften in unserer Zeit. Berlin.
- Hager, Kurt (1972): Zur Theorie und Politik des Sozialismus. Berlin.
- Hager, Kurt (o. J.): Sozialistische Kulturpolitik. Referat auf der 6. Tagung des ZK der SED am 6./7. Juli 1972. Dresden.
- Handwörterbuch der deutschen Gegenwartssprache. In zwei Bänden. (1984). Hrsg. von einem Autorenkollektiv unter der Leitung von Günther Kempcke. Berlin.
- Heiduczek, Werner (1968): Abschied von den Engeln. Halle (Saale).
- Honecker, Erich (1967): Die Rolle der Partei in der Periode der Vollendung des Sozialismus. Berlin.
- Kant, Hermann (1972): Das Impressum. Berlin.
- Neutsch, Erik (1973): Auf der Suche nach Gatt. Halle (Saale).
- Plenzdorf, Ulrich (1973): Die neuen Leiden des jungen W. Rostock.
- Plenzdorf, Ulrich (1974): Die Legende von Paul und Paula. Rostock.
- Sakowski, Herbert (1968): Wege übers Land. Berlin.
- Strauß, Gerhard/Haß, Ulrike/Harras, Gisela (1989): Brisante Wörter. Berlin/New York.
- Strittmatter, Erwin (1973): Der Wundertäter. Bd. 2. Berlin und Weimar.
- Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache. (1961–1971). Hrsg. von Ruth Klappenbach und Wolfgang Steinitz. Berlin.
- Wogatzki, Benito (1965/68). Meine besten Freunde. Berlin.
- Wolf, Christa (1966): Selbstinterview. In: Fortgesetzter Versuch. Aufsätze Gespräche Essays (1980). Leipzig, S. 45–48.
- Wolf, Christa (1974): Nachdenken über Christa T. Halle (Saale).

Caja Thimm

»Ja, liebe Zeit – das war doch
charmant vorgetragen!«

Weibliche Sprachform als Anlaß politischen Konfliktes

Glaubt man all den Leserbriefen
dann ist der Gemeinderat
bis in seine tiefsten Tiefen
tief zerstritten, desolat.

Gibt's da einen hausgemachten
Kampf um irgendeinen Sieg,
tobt in heißen Redeschlachten
dort gar unentwegt der Krieg?

Ausgelöst ohn'welch Beirung
wurde wohl das Wortgefecht
durch die Schreib- und Sprachverwirrung
um das *weibl.* Geschlecht.

BürgerInnen, mal ganz sachlich:
Steht heut so viel auf dem Spiel,
ist denn orthographisch-fachlich
hohes »I« ein hohes Ziel?

Hat die Schreibweise Methode,
um ein gleiches Recht bemüht,
oder ist's nur eine Mode-
torheit, die schon bald verblüht?

Was so reizend grünt im Lenzen,
leider welkt es irgendwann,
wo solch Schreibkunstwerke glänzen,
da setzt leicht der Grünspan an.

Deshalb: auf des Kampfes Gipfel
macht mal bitte jenen Punkt
der auf kleinem »i« als Tüpfel
weit bedeutungsvoller prunkt!

Nachdem man/frau-Quatsch mit Soße,
der sich totgeschrieben hat,
findet auch das »I«, das große,
für die Ewigkeit nicht statt.

Und das muß ja kein Verlust sein,
höchstens der der Utopie –
eine Frau mit Selbstbewußtsein
lebt auch ohne großes »I«.

Große Mehrheit, die nicht streitet,
stimmt wohl darin überein –
und dem Rest, der sich minderheitet,
schreib ich gern ins Stammbuch rein:

Liebe Mannsbilderfeindinnen,
jeder irrt – macht kein Geschiß:
seid ja! auch nur Menschinnen!
(Ist das nicht ein Kompro-Miss?)

Dieses »Gedicht« zierte die erste Seite der lokalen Nachrichten der »Rhein-Neckar-Zeitung« im April 1990, nachdem es im Gemeinderat zu einem bizarren Eklat über die weibliche Sprachform gekommen war, der mit dem Auszug einer ganzen Fraktion aus dem Gremium endete.

Die vom Lokalreimer »Busse« verfaßten Zeilen geben in anschaulicher Weise die Abwehr gegen diejenigen Sprachformen wieder, die Frauen als Geschlecht thematisieren. Geht der Schreiber zu Anfang noch relativ sachlich mit dem Thema um, so wird spätestens ab der achten Strophe mit drastischen Bildern gearbeitet. Da ist die Beidbenennung nichts als »Quatsch mit Soße« und sowieso »totgeschrieben«, Frauen, die sich für die Benutzung des großen

I einsetzen, wird Mangel an Selbstbewußtsein unterstellt, und überhaupt seien die Verfechterinnen solchen »Quatsches« eine streitsüchtige Minderheit: Die Mehrheit streitet ja nicht, sondern ist seiner, des Autors, Ansicht. Besonders aufschlußreich ist die letzte Strophe. Nicht nur wird nahegelegt, daß eigentlich alles ein Irrtum der »Mannsbilderfeindinnen« sei, sondern es wird in ironischer Aufspaltung des Wortes »Kompromiß« ein sexualisierendes Element eingebracht: Die Abtrennung der Silbe »Miß« soll Assoziationen zu Miß-Wahlen wecken und damit ein bestimmtes Frauenbild hervorrufen. Insgesamt ist die Botschaft eindeutig: Weibliche Sprachform ist nichts als Sprachverwirrung, Einfall ein paar weniger Männerfeindinnen, die doch besser ihren Irrtum einsehen und wieder zu ihrer Weiblichkeit zurückfinden sollten.

Der Anlaß für diese Zeilen war eine in weiblicher Form gehaltene Rede einer Stadträtin, die anschließend genauer analysiert wird. Diese Rede brachte einen Teil der männlichen Stadträte völlig aus dem Konzept. Das Gefühl, nicht angesprochen zu sein, führte zu tumulthaften Reaktionen. Ein solcher Konflikt um die sprachliche Form zeigt, wie sehr Sprache als identifikationsstiftendes Medium gelten muß. Die rein weibliche Form der sprachlichen Darstellung ist ein höchst politisches Thema, denn sie signalisiert den Anspruch auf Teilhabe an der Macht.

Frauen, Sprache und politische Macht

Nicht nur in der Sprache kommen Frauen kaum vor, sondern auch in einem anderen zentralen Bereich: der Politik. Den meisten gilt die Politik als ein männliches Geschäft. Zu Recht, wenn man sich die Zahlen vor Augen hält: Gab es zu Zeiten der Weimarer Republik ganze 17 weibliche Abgeordnete (8,75 %), so hat sich an der männlichen Dominanz auch 1992 nichts geändert. Von insgesamt 662 Abgeordneten des deutschen Bundestages sind nur 136 (20,54%) weiblich. Bezüglich der Anzahl der Mandatsträgerinnen in

den verschiedenen Parteien zeigen sich deutliche Unterschiede: So sind bei der CDU/CSU 13,8%, bei der SPD 27,2%, bei der FDP 20,25%, bei der PDS 47,06% und dem Bündnis 90/Grüne 37,5% der Abgeordneten Frauen. In den kommunalen Gremien sieht es nicht viel besser aus. Nach neuesten Feststellungen des deutschen Städtetages sind in den Räten der deutschen Gemeinden 19,3% Frauen vertreten, in den Räten der Großstädte immerhin 25%. Bei den Grünen stellen die Frauen übrigens 37,7% der MandatsträgerInnen, bei der SPD 22%, bei der FDP 18% und bei der CDU 15%. Würde man politische Macht auf rein numerisch fixierte Teilnahme an politischen Handlungsabläufen beschränken, so hieße das also, daß Frauen keine Macht haben. Die wenigen Frauen, die sich ein Mandat erkämpft haben, sehen sich in der praktischen Arbeit nicht nur mit politischen Widerständen, sondern auch mit frauenfeindlichen Haltungen konfrontiert.

Burkhardt zeigt, welch zusätzlichen Belastungen die Politikerinnen ausgesetzt sind.¹ In seiner Untersuchung über Zwischenrufe im Bundestag benennt er verschiedene Formen der Abqualifizierung von Frauen. So z.B. Jovialität, die besonders durch Unterstellung von Inkompetenz gekennzeichnet ist: »Wer hat Ihnen denn eigentlich den Unsinn aufgeschrieben?« oder »Schon die Terminologie, die sie verwendet haben, macht deutlich, wie geringe Sachkenntnis sie haben«. Weiterhin unterscheidet er »Chauvialität«, also diejenigen Äußerungen, »die die weiblichen Kollegen dadurch abwerten, daß sie, statt auf sachliche Argumente einzugehen, entweder auf das Äußere der Angesprochenen Bezug nehmen oder traditionelle Rollenklischees perpetuieren: ›Zur Sache, Schätzchen!‹, ›Sie sehen besser aus als Sie reden, Frau Kollegin!‹«² Burkhardt erklärt das Vorliegen dermaßen grober Imageverletzungen mit der Unterstellung von Inkompetenz durch die männlichen Abgeordneten: »Die Dominanz von Zusatzinformationen, rhetorischen Fragen und Fragen bei weiblichen Sprechern muß wahrscheinlich mit der Unterstellung geringerer Sachkompetenz bei Frauen erklärt werden: Weil Frauen, nach Meinung der Zwi-

schenrufer, weniger kompetent sind, darum muß man sie einerseits mit Zusatzinformation versorgen, andererseits kann man sie durch Fragen der verschiedensten Art verunsichern, beides zur Demonstration ihrer Inkompetenz.«³

Wie um seine Geschlechtsgenossen zu rechtfertigen, meint Burkhardt am Ende: »Gerade das exponierte Nicht-Ernstnehmen der weiblichen Abgeordneten zeigt, daß diese im Grund sehr ernst genommen werden.« Ob dies ein Trost für die Frauen ist, denen weder zugehört noch Platz eingeräumt wird, mag bezweifelt werden dürfen.

Frauensprache/Männersprache?

Den Anspruch auf Macht bzw. Teilhabe an der Macht kann frau auf verschiedene Weise erheben. Eine und vielleicht eine der wichtigsten, wenn auch gerne unterschätzt, ist die Forderung nach sprachlicher Repräsentation.⁴

Wie sehr durch Sprache diskriminiert werden kann, haben die wenigen Beispiele an Zwischenrufen im Bundestag schon deutlich gezeigt. Solche Diskriminierungen sind übrigens erst in den letzten Jahren überhaupt thematisiert worden. Die grundlegendste Ungleichbehandlung geschieht jedoch auf eine weniger auffällige, aber höchst effektvolle Weise: Frauen kommen einfach gar nicht vor, sie werden schlichtweg ausgeblendet. Die männliche Form gilt als die Grundform, in der die Frauen mitgemeint sind. Ohne Beachtung realer Gegebenheiten werden dann 99 Sängern und ein Sänger eben zu »Sängern«. Aber nicht nur durch diese Regelung im Sprachsystem werden Frauen sprachlich diskriminiert. Anfang der achtziger Jahre stellten Linguistinnen Richtlinien zur Vermeidung sexistischen Sprachgebrauchs auf,⁵ denen eine genaue Beschreibung sexistischen Sprachgebrauchs zugrunde lag. Ihre Kategorien des frauenfeindlichen Sprachgebrauchs haben auch heute noch Gültigkeit:

1. Sprache, die Frauen ignoriert und ausschließt, weil der Mann als Standard und Norm für den Menschen schlechthin gilt (z.B. die Väter des Grundgesetzes, Regierungsmannschaft).

2. Sprache, die Frauen immer in Abhängigkeit vom Mann darstellt, d.h. Frauen über Männer definiert und Frauen als zweitrangig und untergeordnet beschreibt (z.B. Thomas Mann und seine Frau Katja, Familie Hans Schmidt).

3. Sprache, die Frauen nur in den traditionellen Rollen mit den sogenannten weiblichen Eigenschaften und Verhältnissen darstellt (z.B. Sekretärin gesucht, Hausmädchen).

4. Abwertende Sprache, durch die Frauen herablassend behandelt oder degradiert werden (z.B. alte Schachtel, die bessere Hälfte, das schöne Geschlecht).

Es gilt also, zwei Aspekte zu unterscheiden: das Sprachsystem selbst, das durch die männliche »Grundform« sexistisch ist, und der Sprachgebrauch im kommunikativen Kontext, wo über verschiedene Mittel Frauen diskriminiert werden können. Grundlegende Kritik gilt also zunächst dem allgemein üblichen Gebrauch der männlichen Form als Grundform,⁶ wobei sich die weibliche Form als Ableitung aus der männlichen darstellt (der Lehrer/die Lehrerin). Um diese die Frauen ausblendende Form zu verändern, wurden in den letzten Jahren verschiedene Lösungen diskutiert und auch praktiziert: Die Beidbenennung durch Schrägstrichtrennung (der/die Student/in), die volle Nennung beider Geschlechter (die Studentin/der Student), die Bezeichnung beider Geschlechter mittels des großen I (StudentInnen)⁷ oder die deutlichste Form der Sichtbarmachung von Frauen, die totale Feminisierung⁸, d.h. die konsequente Benennung mit der weiblichen Form. Diese radikalste Form ist sicherlich nicht nur die (auch unter Frauen) umstrittenste, sondern m.E. gerade wegen ihrer Radikalität die effektivste, denn beim Gebrauch dieser Form läßt die Sprache eine weibliche Welt entstehen. Viel wurde über diese Lösungsform diskutiert, aber wenig ist darüber bekannt, wie sie sich kommunikativ praktizieren läßt, bzw. welche Erfahrungen die Frauen machen, die sich ihrer wirklich bedienen. Ist der kommunikative Effekt der gewünschte, d.h. stehen Frauen dann wirklich, wenigstens einmal sprachlich, im Mittelpunkt? Wie verhalten sich die mitgemeinten Männer dazu?

Der analysierte Redeausschnitt bietet ein anschauliches Beispiel für die Effektivität der totalen Feminisierung.

Material

Die Redeausschnitte stammen aus den Wortprotokollen von öffentlichen Gemeinderatssitzungen der Jahre 1988 und 1989. Diese Wortprotokolle entstehen als Abschriften der Tonbandmitschnitte, die von allen öffentlichen Sitzungen angefertigt werden und der Öffentlichkeit zugänglich sind.

Das hier analysierte Gremium hat 40 Mitglieder, von denen 12 Frauen sind. Bei der Analyse sehe ich von einer Zuordnung der RednerInnen zu Parteien ab, um einen parteipolitischen Bias zu vermeiden. Zentral ist hier die Frage nach Geschlechts- und nicht nach Parteizugehörigkeit.

Die Texte stammen übrigens aus einem Gemeinderat, dem ich seit einigen Jahren selbst angehöre. Ich bin also nicht nur Analysierende, sondern auch teilnehmende Beobachterin, was sich angesichts der komplexen Regeln innerhalb dieses Gremiums als Vorteil erwiesen hat. Die Sitzungsleitung haben übrigens immer Männer, nämlich die Bürgermeister. Diese führen eine Redeliste und leiten die Sitzung insgesamt.

Totale Feminisierung und die Folgen

Das erste Beispiel ist der bereits erwähnte Ausschnitt aus der Rede einer Stadträtin, die sich in ihrer Rede der weiblichen Form bedient hatte. Im schriftlichen Protokoll wurde dies mit dem großen I vermerkt. Besonderes Kriterium des großen I ist allerdings, daß es auf die Schriftsprache beschränkt bleibt. Die gesprochene Rede war also in der Verbalisierung als rein weibliche Form zu hören.

Stadträtin A.: Sehr geehrte Damen und Herren, leider ist die CDU-Fraktion etwas dezimiert, aber ich möchte es Ihnen

trotzdem gönnen, denn Sie hatten ja im Rahmen der Haushaltssitzungen bei der Rede von Frau Stadträtin R. so laut den Ruf nach der Revolution der Frauen geäußert. Wir werden Ihnen jetzt zwar keine Revolution bieten, aber wir wollen doch zumindest etwas tun, was wir vorher nicht gemacht haben, nämlich eine Rede in rein weiblicher Form halten. Die rein weibliche Benennungsform dürfte wahrscheinlich durchaus fremd für Sie sein. Es geht um die Verabschiedung der Ordnung zur Wahl der ausländischen Mitglieder des AusländerInnenrates... [fährt im Sachtext fort]. Ich habe diese Verfügung deswegen nochmals erwähnt, weil ich hoffe, daß die heutige Entscheidung auch ein Neuanfang ist, ein Neuanfang, der übrigens von vielen AusländerInnen mit viel Hoffnung begleitet wird. Der AusländerInnenrat ist kein beratender Ausschuß...

Zwischenruf von Stadtrat G.: Sie haben den Ausländer vergessen!

Stadträtin A.: Nein, ich rede mit dem großen I, wie ich Ihnen ja erklärt habe. – Der AusländerInnenrat ist kein beratender Ausschuß, sondern er ist ein Beirat...

Zwischenruf von Stadtrat G.: Was ist mit den Ausländern?

Stadtrat K (zu StR G): Lassen Sie sie doch mal ausreden!

Stadtrat G (zu StR K): Sie reden doch viel mehr als ich!

Stadträtin A: Wenn Sie mich ausreden lassen würden – (Weitere Zwischenrufe, die durcheinandergehen) Sind Sie fertig?

Bürgermeister (zu Stadträtin A): Machen Sie bitte weiter.

(Weitere Zwischenrufe, u.a.: Dürfen Männer nicht wählen?)

Stadträtin A.: Klingeln Sie doch mal, Herr Bürgermeister.

Bürgermeister: Ja, ja, wenn der Weihnachtsmann wiederkommt.

(Weitere Zwischenrufe, u.a. StR. P: Sie an erster Stelle)

Stadträtin A: Der AusländerInnenrat ist kein beratender Ausschuß, sondern er ist ein Beirat, der einen autonomen Bereich zur Deckung des Informations- und Beratungsbedarfs des Gemeinderates darstellt. [...] Insgesamt sind neun Wahlkreise gebildet, die nach den Nationalitäten gebildet sind: Es gibt also jeweils einen Wahlkreis für TürkInnen, ItalienerInnen, AsiatInnen, GriechInnen, JugoslawInnen,

SpanierInnen und PortugiesInnen, AfrikanerInnen, AmerikanerInnen und weitere EuropäerInnen.

(Während dieser Ausführungen gibt es immer wieder Unruhe und Zwischenrufe im Gremium, u.a. Erscht mol selba deitsch lerne; Da kann ja jeder kommen, unmöglich! Des brauche ma uns net biete lasse, net mit mir! Verhunzung! Da wird unsere Sprache verhunzt!)

Bürgermeister: Weiter.

Stadträtin A.: Für all diese Gruppen... ((Aufgrund der weiteren Zwischenrufe unterbricht sich Stadträtin A:)) Ich freue mich über Ihre Reaktion. Das zeigt, daß das ein erfolgreicher Versuch ist.

Stadtrat G.: Gibt es auch Männer unter den Ausländern?

Stadträtin A: Für all diese Gruppen soll... [fährt in ihrem Text fort] ... und daß es bald mehr gibt als nur kommunale Beiräte – nämlich das Wahlrecht für AusländerInnen. Danke.

Stadtrat V.: Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, Frau Kollegin A. hat ihren Beitrag damit begonnen, daß sie gesagt hat, sie würde sich wünschen, daß die Querelen in dieser Frage aufhören. Sie hat dann aber mit ihrem Beitrag dafür gesorgt, daß das möglichst nicht geschieht, indem sie nochmal ordentlich gestänkert hat.

(Bemerkung von StRätin R: Stänkern ist kein ordentlicher Ausdruck.)

Ich glaube, damit enthüllt sich Ihr Beitrag, Frau Kollegin A. als pure Heuchelei...

(Proteste aus der GAL-Fraktion)

und das ist eigentlich nicht gut

(Weitere Zwischenrufe)

– ich möchte noch einmal wiederholen, damit Sie Gelegenheit haben zum Zuhören [...]

(StR K: He!he!he – (währenddessen Beifall von CDU- und FWV-Fraktion))

[StR. M fährt mit einem inhaltlichen Beitrag fort]

Stadtrat N.: Vielen Dank. Herr Kollege V., ich glaube, Sie haben jetzt Frau Kollegin A. etwas Unrecht getan und die Suppe heißer gekocht, als sie gegessen werden muß hier. Das war nicht nötig. Sie haben m.E. nicht genügend unter-

schieden zwischen dem Streit um den Ausländerrat, den wir hier ja mit Haken und Ösen geführt haben über Wochen und Monate, und dem Anliegen von Frau A., die Frauenfrage etwas in den Vordergrund zu rücken.

Bei dem Streit um den Ausländerrat hat sie nach meinem Empfinden sehr dezent und zurückhaltend darauf hingewiesen, daß der Oberbürgermeister sich ziemliche Beulen geholt hat: Das hat sie dezent gemacht, das hätte man auch anders machen können.

Und in der anderen Frage – ja liebe Zeit, das war doch wirklich charmant vorgetragen. Hat sie uns doch mal vorgeführt, uns Männern – und hat mal alles umformuliert. Dann ist uns auch mal – wenigstens mir – bewußt geworden, wie eine Frau empfindet, wenn sie immer nur diese männlichen Texte liest. Das war doch prima! Da braucht man doch nicht gleich so empfindlich zu reagieren. Für mich war das also weder Stänkerei noch Heuchelei, für mich war das einfach eine charmant und ideenreich vorgetragene Geschichte. So. [...]

Stadtrat P.: Nur eine ganz kurze Bemerkung. Nachdem Frau Kollegin A., dezent formuliert, wie es Herr Kolleg: N. gemeint hat, ihre Frauenprobleme vorgetragen hat – ich meine, so dezent war das gar nicht formuliert, das war so einseitig, wie ich sie schon öfter erlebt habe –, gebe ich aber mal zu bedenken: Man sollte doch, wenn man die Frauen in den Vordergrund stellt, doch erst mal verlangen, daß sie auch, wenigstens ein wenig, unsere Sprache beherrschen und nicht ihre Beherrschung dadurch dokumentieren, daß sie einen Meter hinter ihren Männern gefolgsam herlaufen müssen. Wie sollen diese Frauen überhaupt den Sinn der Wahl und ihre eigenen Rechte erkennen können, wenn sie sich nicht einmal...

(Laute Proteste aus den Reihen der GAL)

... wenn sie sich nicht einmal in deutscher Sprache verständigen können und so manche, wie ich es erlebt habe, nur mit Daumenabdruck unterschreiben können.«

Zunächst läßt sich festhalten, daß Puschs Vermutung, die totale Feminisierung träfe »den Nerv«, zutreffend ist: Die zu beobachtende Zuspitzung eskaliert in dem extrem

frauenfeindlichen und insbesondere ausländerinnenfeindlichen Bild von der Frau, die nur per Daumenabdruck unterschreiben kann. Auch wird deutlich, daß die Intention, Frauen sprachlich ins Bewußtsein zu bringen, erreicht wird: die mehrfache Frage, wo denn die Männer blieben (»Was ist mit den Ausländern?«, »Gibt es auch Männer unter den Ausländern?«), und die Ermahnung, sie habe den Ausländer vergessen, signalisieren, daß sich die Männer nicht berücksichtigt fühlen. Besonders groß ist die Unruhe bei der Nennung der einzelnen Wahlkreise: Die in dieser Aufzählung deutlich werdende Präsenz der Frauen wird offensichtlich als bedrohlich empfunden.

Interessant ist auch der Zwischenruf über die »Verhunzung«. Das Possessivpronomen in dem Ausdruck »unsere Sprache« zeigt ungewollt, wessen Sprache gemeint ist: die Sprache der Männer, die hier als Besitzstand verteidigt wird. Plötzlich nämlich wird die Stadträtin selbst zur Außenstehenden: Sie solle doch selbst erst mal deutsch lernen und sich nicht anmaßen, die Sprache der Männer zu »verhunzen«, so die Aufforderung an die Rednerin.

Nicht nur die Zwischenrufe sprechen eine deutliche Sprache, auch der Einwurf des Bürgermeisters und die folgenden Redebeiträge zeigen verschiedene Formen der Abwertung.

Auf die angesichts der Unruhe durchaus berechnete Bitte der Stadträtin an den Bürgermeister als Sitzungsleiter, er möge doch zur Ermahnung klingeln, reagiert dieser mit einer ironischen Replik, in der er das Klingeln in einen anderen Kontext stellt: »Ja, ja, wenn der Weihnachtsmann kommt.«

Die erste Reaktion (StR V.) thematisiert die Sprachform als solche nicht, sondern unterstellt der Rednerin zunächst »Stänkerei«, wobei nicht deutlich wird, worauf er sich mit diesem Ausdruck bezieht. Inhaltlich ist diese Beschimpfung nicht gerechtfertigt, da der Beitrag an sich recht sachlich war (was vom nächsten Redner ebenfalls so gesehen wird). Interessant ist die Bezeichnung »Stänkern« besonders aus tiefenpsychologischer Sicht. Stänkern gehört zum Bereich

der anal motivierten Schimpfwörter. Angst, die Kontrolle zu verlieren, ist ein typisches Charakteristikum der sogenannten »anal Phase« in der Entwicklungspsychologie. Ich denke, es ist nicht zu weit hergeholt, in diesem Zusammenhang die Angst vor einem Kontrollverlust zu vermuten, die sich anhand dieses Schimpfwortes verdeutlicht.

Der zweite Beitrag (StR. N.) läßt sich eher dem Typus »väterlich in Schutz nehmen« zuordnen. Die wohl gutgemeinte, aber doch recht patronisierende Stellungnahme zielt vor allem auf stereotyp weibliche Eigenschaften ab: Die Stadträtin habe »dezent und zurückhaltend« hingewiesen – war sie unpräzise? – und habe die »Frauenfrage etwas in den Vordergrund gerückt«. Diese Darstellung verharmlost das sprachpolitische Anliegen, indem es zu einer »Frauenfrage« (die die Männer ja nicht betrifft!) reduziert wird. Im nächsten Abschnitt geht der Stadtrat näher auf seine Wahrnehmung der totalen Feminisierung ein, aber auch hier bleibt es »eine charmant vorgetragene Geschichte«. Das explizite Lob (»das war doch prima«) verdeutlicht wieder eine herablassende Haltung. Loben können nämlich nur diejenigen, die sich in einer überlegenen Position befinden oder glauben, dies zu sein. Das Rekurren auf klischeehaft weibliche Eigenschaften (charmant, zurückhaltend, dezent) reduziert die Rede der Stadträtin auf eine Art amüsanter Zwischenspiel. Seine Ermahnung an den anderen Stadtrat, man müsse doch nicht gleich so empfindlich reagieren, signalisiert seine eigene Distanz und Überlegenheit. Das herablassende Lob verdeutlicht, daß gerade auch »Gentlemanverhalten« keineswegs kompetenzzuschreibend ist.

Der dritte Redner (StR. P) macht, wohl ermutigt durch die abwertenden Zwischenrufe, aus seiner frauenfeindlichen Haltung keinen Hehl. Da wird das Anliegen der Rednerin zum persönlichen Problem, wobei in seiner Formulierung »ihre Frauenprobleme« eine deutliche Abwertung mitschwingt. Zielt sein Beitrag zunächst auf die der Person der Stadträtin ab, so generalisiert er im zweiten Teil ausländische Frauen als devote Dienerinnen ihrer Männer.

Zwei Typen an Reaktionen sind besonders auffallend: die sich steigende Aggressivität und die zunehmend abwertenden Äußerungen, die in der Verunglimpfung ausländischer Frauen münden. Die starke Aggressivität, die sich an den Zwischenrufen verdeutlicht (wobei die meisten aufgrund des Lärmpegels nicht einmal festgehalten werden konnten), bestätigt die Aussage Puschs, daß Männer sich durch die Feminisierung direkt betroffen fühlen. Sie fürchten den Verlust ihrer männlichen Identität. Die totale Feminisierung trifft wahrlich den Nerv!

Interaktionsstil von Frauen und Männern in der politischen Auseinandersetzung

Veränderungen im Sprachsystem werden, wie der erste Ausschnitt zeigte, von den meisten Männern als erhebliche Bedrohung empfunden. Im Folgenden möchte ich der bereits zu Beginn angeschnittenen Frage nachgehen, inwieweit sich Frauen und Männer überhaupt in ihrem kommunikativen Handeln im politischen Diskurs unterscheiden. Der Grundsatz der Gleichberechtigung der Geschlechter in der Politik wird nämlich inzwischen von allen demokratischen Parteien und Gruppierungen unterstrichen, teilweise sogar über eine Quotierung institutionalisiert. Wie jedoch ergeht es den Frauen in den Gremien selbst – erfahren sie dort eine entsprechende Wertschätzung? Oder ist es letztendlich so, wie eine Kommunalpolitikerin betroffen feststellt: »Eine zentrale, mir bislang unbekannt gewesene Erfahrung ist für mich die persönliche Abwertung und Ausgrenzung, die mir in der Stadtverordnetenversammlung ständig entgegenschlägt.«⁹

Nicht nur im Zusammenhang mit der Behandlung von Politikerinnen ist die Frage des Stils der politischen Auseinandersetzung thematisiert worden. Es wird von »Politikverdrossenheit« und »Politikmüdigkeit« gesprochen, das »Parteiengozänk« und die Rede von der mangelnden »Streitkultur« ist in vieler Munde.

Die Vereinigung von Deutschland West und Ost hat nicht nur dramatische gesamtpolitische Folgen, sondern rückte auch den Stil der politischen Auseinandersetzung wieder mehr in den Vordergrund. Geklagt wurde über Unverständlichkeit und mangelnde Kommunikationsfähigkeit der PolitikerInnen aus dem Westen. Diese Klagen waren auch in den alten Bundesländern schon geäußert worden. Nicht zuletzt aus dieser Kritik an den etablierten Politikformen heraus bezog die Partei der Grünen ihre Stärke. Mit dem Einzug dieser Partei in den Bundestag erhielten nicht nur andere Kleiderordnungen Zugang zu dem hohen Haus (»Turnschuhpolitiker«), sondern auch andere Kommunikationsformen. Sieben Jahre später, 1990, wurde mit den ersten Politikerinnen und Politikern aus den östlichen Bundesländern wieder eine Diskrepanz nicht nur im politischen Denken und Handeln, sondern auch in der sprachlichen Vermittlung deutlich. Ihre Art der Darstellung wurde im Westen von vielen als erfrischend und ehrlich empfunden, bar jener Hülsenhaftigkeit, die die westdeutschen Politiker so wenig menschlich erscheinen läßt. »Politiker« ist hier absichtlich männlich formuliert: Einigen Politikerinnen nämlich gelang es, trotz eines politischen Amtes einen verständlichen Stil aufrechtzuerhalten. So rangierte z.B. die CDU-Politikerin Rita Süßmuth jahrelang u.a. aufgrund ihrer offenen und verständlichen Kommunikationsweise auf den obersten Plätzen beliebter PolitikerInnen.

Nicht nur Verständlichkeit, sondern auch Respekt vor den persönlichen Rechten der anderen ParlamentarierInnen sollte den politischen Diskurs auszeichnen. Wie sehr jedoch Frauen auch in einem kommunalen Parlament, wo man sich meistens persönlich über Jahre hinaus gut kennt, von geschlechtsspezifischer Abwertung betroffen sind, sollen die folgenden Beispiele zeigen.

Aufgrund der notwendigen Kürze habe ich mich bei den Analysen besonders auf diejenigen Kommunikationsmuster konzentriert, die sich unter dem Oberziel der Diskreditierung von Stadträtinnen subsumieren lassen. Ganz besondere Aufmerksamkeit habe ich auf die frauenfeind-

lichen Äußerungen der Männer gelegt: auch die Form der sprachlichen Auseinandersetzung ist nämlich meiner Ansicht nach Grund dafür, daß viele Frauen der Politik wieder den Rücken kehren und daß diejenigen, die im »Geschäft« bleiben, sich allzusehr dem männlichen Stil anpassen.

Rederecht

Interessanterweise ist das Bewußtsein der Stadträtinnen besonders geschärft für Versuche der männlichen Kollegen, sie zu unterbrechen. Das Ringen um das Rederecht mit den Bürgermeistern dagegen gestaltet sich bedeutend schwieriger.

Taktisch gehen viele Frauen so vor, daß sie den Bruch des Rederechtes als solchen thematisieren und auf ihr Recht insistieren. Auch wird die Berechtigung zum Reden manchmal vehement und emotional eingeklagt, wie das erste Beispiel zeigt:

Stadträtin will einen Brief vorlesen.

Stadtrat: Den haben wir doch alle.

Stadträtin (heftig): Aber die Öffentlichkeit hat ihn nicht und die Zeitung hat ihn noch nicht gedruckt. Und, Herr E., ich habe jetzt nur 5 Minuten und Sie halten mal jetzt den Mund.

Oberbürgermeister: Aber Frau H.

Stadträtin: Es ist wirklich wahr, da kriegt man die Redezeit beschnitten, muß alles in 5 Minuten machen und dann wird man auch noch ständig unterbrochen.

Die recht unhöfliche Aufforderung an einen Stadtrat, er möge doch den Mund halten, ist die deutlichste Zurückweisung eines Unterbrechungsversuches einer Frau in den analysierten Protokollen. Auf die mahnenden Worte des Oberbürgermeisters reagiert sie mit einer Erklärung ihrer Formulierung, entschuldigt sich aber nicht für den gebrauchten Ausdruck. Es kann vermutet werden, daß Unterbrechen als eine offensichtliche Verletzung der Rechte relativ leicht thematisierbar ist.

Gesprächs- und Beziehungsarbeit in der Interaktion

In einigen Untersuchungen wurde die unterschiedliche Rolle von Frauen und Männern bezüglich der Aufrechterhaltung der Interaktion und der Wahrung des Images des anderen thematisiert. So spricht Werner¹⁰ von dem höheren Anteil an Gesprächs- und Beziehungsarbeit der Frauen: Sie halten das Gespräch in Gang, bestätigen das »face« der anderen durch Rückfragen und Rückmeldungen und sichern dadurch die Kontinuität der Interaktionsbeziehung.¹¹

Auch in diesem Korpus lassen sich viele Handlungen auf Seiten der Frauen finden, die sich einer solchen beziehungs- und gesprächsstabilisierenden Funktion zuordnen lassen. Dazu gehören z.B. der Mangel an Selbstdarstellung, das Bezugnehmen auf Vorredner (auch Vorrednerinnen), Rückfragen als Verständnisfragen, die Kompetenz delegieren, aber nicht beanspruchen (»Darf ich hier eine Verständnisfrage stellen?«), indirektes und vorsichtiges Auffordern (»dürfte ich darum bitten«) oder Bitten um Verständnis.

Auffällig ist, daß nur Frauen wirklich persönliche Informationen aus ihrem eigenen Alltag innerhalb ihrer politischen Argumentation benutzen. Dazu gehört z. B. der Bezug auf eigene Erfahrungen, auf die eigene Familie oder auch auf persönliche Eigenschaften. Mit dem Zur-Verfügung-Stellen persönlicher Informationen gehen die Sprecherinnen übrigens immer ein Risiko ein: das Mitteilen von Details aus dem eigenen Lebensbereich ist in der Politik nicht ungefährlich, da es von Gegnern meistens als Schwäche ausgelegt wird und Anlaß hämischer Repliken sein kann.

Der folgende Ausschnitt ist ein typisches Beispiel für die Art der Darstellung persönlicher Motive:

»Entschuldigen Sie, wenn ich jetzt ganz kurz auf mich persönlich zu sprechen komme. Ich habe von meinem Vater gelernt, daß Klugheit, Gerechtigkeit, Tapferkeit und Maß Kardinaltugenden seien. Es hat mir schwer imponiert, und ich denke auch manchmal daran.«

Zunächst entschuldigt sich die Stadträtin für den Exkurs.

Dies verdeutlicht, wie ungewöhnlich es in dem politischen Kontext ist, überhaupt persönliche Dinge anzusprechen. Die Rechtfertigung zeigt aber auch, daß die Rednerin diese offene und persönliche Information nicht als Wert betrachtet, sondern als etwas, wofür sie sich entschuldigen muß. Obwohl vermutet werden kann, daß es sich um eine eher rhetorisch fundierte Entschuldigung handelt, ist es doch bedeutsam, daß sie diese Erläuterung voranstellt. Interessant auch die Delegation der Tugenden an den Vater: Nicht sie selbst sieht sich in der Rolle, diese Eigenschaften zu vertreten, sondern sie führt ihren Vater an. Es erscheint schwer vorstellbar, daß ein Mann mit den Erziehungsidealen seiner Mutter eine politische Entscheidung begründen würde!

Daß Frauen generell weniger aggressiv ihre Themen einbringen, zeigt auch die Betrachtung der Ordnungsrufe, die vom vorsitzenden Bürgermeister erteilt werden. Ordnungsrufe lassen sich als eine Art »Notbremse« des Sitzungsleiters beschreiben. Ordnungsrufe werden nach einer vorangegangenen Ermahnung erteilt. Sie sind einerseits eine Art Abmahnung (nach drei Ordnungsrufen erfolgt der Verweis aus der Sitzung), aber andererseits häufig ein Stück Triumph des/der Ermahnten, den Bürgermeister zu dieser Reaktion provoziert zu haben. Ein (männlicher) Stadtrat verdeutlichte das einmal mit folgender Reaktion: »Ich freue mich, daß Sie sich getroffen fühlen, Herr Oberbürgermeister.«

Ordnungsrufe werden aus verschiedenen Gründen erteilt. Die häufigste Begründung ist das »Stören der Sitzung«, entweder durch ständige Zwischenrufe oder durch Insistieren auf dem Rederecht. Ordnungsrufe wegen Störens wurden an Männer häufig verteilt (8 mal), an Frauen jedoch gar nicht. Ordnungsrufe wegen beleidigender Ausdrücke erhielten 6 Männer, aber nur eine Frau. Es läßt sich also festhalten, daß Frauen zwar wegen Störens ermahnt werden, aber nie soweit gehen, sich einen Ordnungsruf dafür einzuhandeln. Dies hieße nämlich, ständiges Insistieren auch gegen die Autorität der Sitzungsleiter, und davor scheinen Frauen doch zurückzusehen.

Diskreditierungsstrategie:

»Wissen Sie eigentlich, was das ist?«

Frauen haben in vielen Kontexten mit kommunikativen Behinderungen und sprachlichen Nachteilen zu rechnen.¹² Wie sehr sie in der Politik sogar von persönlichen Diffamierungen betroffen sind, die nicht einmal indirekt, sondern ganz direkt geäußert werden, möchte ich anhand einiger Beispiele verdeutlichen. Die häufigste und imageverletzendste Strategie dabei ist die Strategie des Diskreditierens.¹³ Dies geschieht zumeist durch das Absprechen von Kompetenz, aber auch durch beleidigende Äußerungen.

Im ersten Textausschnitt geht es um einen Konflikt bezüglich der Einrichtung einer Gedenkstätte für Friedrich Ebert. Der inhaltliche Disput endet mit folgender Sequenz: *Stadtrat: Aber die Frau B. kennt sich da vielleicht zu wenig aus.*

Stadträtin B.: Das ist eine Unverschämtheit.

An dieser Stelle maßregelt der Oberbürgermeister, der die Sitzung leitet, den Stadtrat. Dadurch kann sich die angesprochene Rätin nicht mehr selbst wehren. Das Recht zur sogenannten persönlichen Erwiderung, das der Beleidigten zusteht, nutzt sie nicht.

Eine besonders direkte Diffamierung liegt im folgenden Fall vor. Eine Stadträtin hatte die Anträge ihrer Fraktion zum Thema Wohnungspolitik begründet.

Stadtrat: Erst mal bin ich jetzt ein bißchen platt, nichts für ungut. Wenn man dem folgt, was die Frau B. da an geballtem Unverstand da irgendwie zu diesem Punkt geäußert hat... (Unmut in den Reihen des Gremiums) Es tut mir leid, das zu sagen, Frau B., aber Sie werden ja nicht erwarten, daß ich mich in der letzten Sitzung noch allzusehr ändere.

Erster Bgm. unterbricht: Herr Stadtrat!

Stadtrat: ...und zweitens will ich auch in wenigen...

Erster Bgm.: Herr Stadtrat! – Ich möchte eine Zwischenfrage stellen. Haben Sie eben Frau Stadträtin vorgeworfen, das sei geballter Unverstand? – Habe ich das richtig verstanden?

Stadtrat: Also, ich...

Erster Bgm.: Haben Sie ihr das vorgeworfen, Herr Stadtrat?

Stadtrat: Ich habe ihr das natürlich nicht vorgeworfen! Da ist doch gar kein Zweifel, daß ich das nicht vorwerfe.

Erster Bgm.: Sie haben das aber zu ihr gesagt, dafür erhalten Sie einen Ordnungsruf!

Stadtrat: Also das finde ich ein starkes Stück!

Erster Bgm.: Jawohl, so geht es nicht. (Beifall aus den Reihen des Gremiums)

Stadtrat: Ich habe gesagt, daß Frau B. ein hohes Maß an Unverstand gezeigt hat in ihren Ausführungen... (protestierende Zwischenrufe)

Der Stadtrat entschuldigt sich zwar bereits direkt nach seiner beleidigenden Äußerung, zeigt aber im Folgenden völliges Unverständnis bezüglich der Schwere dieser Imageverletzung. Interessant ist seine Umformulierung, durch die er glaubt, dem Ordnungsruf Rechnung tragen zu können: Nicht der »Unverstand«, also die eigentliche Beleidigung, wird abgeändert, sondern das Quantum: aus »geballtem Unverstand« wird nun ein »hohes Maß an Unverstand«!

Der nächste Ausschnitt betrifft ein Thema, das zu einem der Politikbereiche gehört, in denen Frauen besonders häufig die Kompetenz abgesprochen wird: Bauen und Baurecht. Thema waren die steigenden Mietpreise in einem städtischen Gebäude mit Sozialwohnungen. Die Leitung der Debatte hatte der 1. Bürgermeister, Dr. R., der gleichzeitig Baubürgermeister ist. Ein inhaltlicher Streit entsteht zwischen ihm und einer Stadträtin, die Mitglied im Bau- und Finanzausschuß und daher mit den Vorgängen vertraut ist.

Bürgermeister: [...] Und dann reden Sie immer von sozialem Wohnungsbau. Wissen Sie eigentlich, was sozialer Wohnungsbau ist?

Stadträtin: Ja!

Bürgermeister: Würden Sie mir mal definieren, was dieses bedeutet? Meinen Sie damit öffentlich geförderten Wohnungsbau, oder was meinen Sie eigentlich?

(Während der 1. Bgm. weiterspricht, Zwischenruf der Stadträtin: Ganz richtig, das wissen Sie auch, daß ich das weiß, das ist ja unerträglich!)

Aufgrund der Sitzungshoheit nimmt sich der Bürgermeister das Recht auf eine Erwiderung und untersagt der Stadträtin eine direkte Antwort. Nach langer Debatte erhält sie wieder das Wort. In ihren Ausführungen thematisiert sie den vorangegangenen Konflikt und wirft dem Bürgermeister diskriminierendes Verhalten vor. Davon läßt sich dieser jedoch nicht beeindrucken, sondern erwidert:

Erster Bgm: Es wäre natürlich jetzt reizvoll zu sagen, Sie haben ja, Frau Stadträtin, durch ihre Replik eben durchaus zu verstehen gegeben, daß Sie wissen, wie die Mietgestaltung bei der Gesellschaft ist. [...] Und meine Frage nach dem sozialen Wohnungsbau war ernst gemeint, weil ich weiß, daß nicht jeder soziale Wohnungsbau ein öffentlich geförderter Wohnungsbau ist. Aber ich bin gerne bereit, Ihnen die Unterschiede zu sagen zwischen einem öffentlich geförderten Wohnungsbau und einem sozialen Wohnungsbau.

((Zwischenbemerkung von Stadträtin D.: Herr Dr. R., jetzt lassen Sie das bitte.))

Erster Bgm.: Wie bitte? – Der öffentlich geförderte Wohnungsbau ist [...] [erläutert die Begriffe]

Hier liegt eine deutliche Disqualifizierung der Sprecherin vor. Ihr wird zunächst unterstellt, sie wisse ja gar nicht, was sozialer Wohnungsbau sei, und könne deswegen auch nicht mitreden. Die überhebliche Bemerkung des Bürgermeisters, er sei gerne bereit, ihr den Unterschied zu erklären, ist ein Versuch, sie als unwissend bloßzustellen. Trotz der Einwendungen der Stadträtin selbst und einer Kollegin realisiert er diese Korrektur in einem oberlehrerhaften Stil. Die Formulierung »weil ich weiß« impliziert ein Nicht-Wissen bei der Stadträtin. Das Abgeben solch nicht erbetener Auskünfte ist übrigens äußerst geschickt: Der Sprecher verdeutlicht seine eigene Kompetenz und deutet gleichzeitig Inkompetenz seiner Kontrahentin an.

Es gibt noch andere Formen, Frauen zu disqualifizieren. Eine besondere Variante wurde von einem Bürgermeister anlässlich der Promotion einer Stadträtin erfunden. Um den durch den Titel gewonnenen Status zu konterkarieren, machte er sie durch eine ironisierende Verdoppelung lächerlich:

er sprach sie nur noch mit »*Frau Doktorin S.*« an (und hielt das volle zwei Jahre durch!).

Die Diskreditierungsstrategie wurde über Parteigrenzen hinweg angewendet: In den analysierten Ausschnitten waren sowohl Grüne als auch CDU- und SPD-Sprecher zitiert. Eine Übereinstimmung zeigt sich auch bezüglich der Themenbereiche, in denen derartige Disqualifizierungen gehäuft vorkommen: im Bau- und Finanzbereich. Ganz besonders bei Themen mit bautechnischen Details haben die Frauen einen harten Stand. Hier wird ihre Kompetenz am geringsten eingeschätzt. Im Sozialbereich dagegen wird den Frauen bedeutend seltener die Kompetenz abgesprochen: Da traut ›mann‹ ihnen wohl das notwendige Wissen zu!

Kooperativer Stil unter Frauen?

Bei der Betrachtung all der frauendiskriminierenden und frauenfeindlichen Äußerungen sollte frau doch denken, daß sich die Frauen selbst dieser gemeinsamen Betroffenheit bewußt sind und sie durch größere Solidarität wettzumachen versuchen. Leider ist dies jedoch nicht unbedingt der Fall. Es gibt sowohl Beispiele für ein kooperatives, aber durchaus auch für wenig kooperatives Verhalten.

Ein negatives Urteil einer Stadträtin über eine Kollegin enthält der folgende Beitrag:

Frage von Stadträtin H. an Stadträtin K., die gerade etwas erläutert: »Darf ich da eine Zwischenfrage stellen? Frau H. hat es mir erlaubt. Ich rede nicht einfach dazwischen wie die Frau V., ich frage vorher.«

Die Bitte um Erlaubnis, die an den Sitzungsleiter gerichtet ist, ist ausgesprochen vorsichtig und höflich, während die Aussage über die Kollegin V. abwertenden Charakter hat (die redet immer dazwischen). Dies ist zwar einerseits eine negative Äußerung bezüglich des kommunikativen Verhaltens von Stadträtin V., andererseits jedoch äußerst kooperativ bezüglich der Rednerin K.: Sie wird erst gefragt, ob sie einen Zwischenruf gestattet.

Frauen gehen z.T. ausgesprochen höflich miteinander um, wie auch das folgende Beispiel zeigt.

Stadträtin C. (an eine Rednerin, Stadträtin B.): Gestatten Sie mir einen Zwischenruf?

Stadträtin B.: Ich habe hier ja nichts zu gestatten, aber ich bin gleich fertig (spricht zu Ende).

Stadträtin C.: Frau B., würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, daß es eine Interpretation meinerseits war, wie man das auch machen kann?

Stadträtin B.: Ich nehme das alles zur Kenntnis, aber Sie sitzen hier trotzdem als Mitglied einer Partei.

Höflich, aber bestimmt weist die Rednerin den Unterbrechungsversuch der anderen Stadträtin zurück.

Beide Zwischenruferinnen machen ihre Äußerungen von der Genehmigung der Rednerin abhängig, ein sehr ungewöhnliches Vorgehen, da Zwischenrufe oder -fragen sich eigentlich dadurch auszeichnen, daß sie spontan geäußert werden. Diese Beispiele weisen eine kooperative Haltung auf, ohne daß politischer Dissens dabei verleugnet wird.

Ironie und Humor

Verschiedene Untersuchungen haben gezeigt, daß sich Frauen und Männer nicht nur bezüglich der Anzahl an Scherzen und Witzen unterscheiden, sondern auch in ihrer Ausrichtung: Männer benutzen mehr feindseligen und aggressiven Humor, der ihnen die Möglichkeit bietet, über andere Macht auszuüben und ihre Dominanz zu bestätigen.¹³ Frauen dagegen benutzen mehr »selbstverulkenden Humor«, also Humor, der auf die eigenen Kosten geht oder sich als beziehungsstabilisierend interpretieren läßt. Diese Ergebnisse aus anderen Untersuchungen werden auch im vorliegenden Material bestätigt: Frauen benutzen ironische Äußerungen, die auf sich selbst gemünzt sind. Dabei thematisieren sie sich entweder persönlich oder aber sprechen Frauen als Geschlecht insgesamt an. Ein Beispiel für den ersten Typ ist der folgende Ausschnitt:

»Ich möchte ein kleines Zitat zum Schluß erwähnen: »Nenne niemand dumm und säumig, der das Nächste recht bedenkt – zumindest es versucht, recht zu bedenken. – Ach die Welt ist so geräumig und der Kopf ist so beschränkt.« Damit meine ich nur meinen eigenen.« (Heiterkeit)

Diese ironische Darstellung gibt erst durch die anschließende Bemerkung, sie meine nur sich selbst, wirklich Anlaß zur Heiterkeit. Hätte der Vers auch als ein Kommentar auf andere Anwesende gelten können, wäre er wohl mit weniger Belustigung aufgenommen worden.

Nachdenklich machen Ergebnisse aus der Humorforschung, daß auch Frauen Scherze und Humor lustiger finden, in denen Frauen die Opfer sind oder wo frauenfeindliche bzw. klischeehafte Bilder verwendet werden.¹⁴ Auch dafür findet sich ein Beispiel aus dem Redebeitrag einer Frau:

»Stellen Sie sich bitte drei aufgedonnerte Damen vor, jede mit einem üppigen Pelz behangen. Die Damen symbolisieren den Bund, die Länder und die Gemeinden. Auf den Pelzen steht zu lesen: »Schulden«, und alle drei Damen bemerken unisono jeweils mit einem Blick auf die zwei anderen: »Wie kann man sich nur so etwas umhängen.«

Das Bild von mit Pelzen behangenen Frauen, finanziert durch Schulden, ist ein frauenfeindliches Bild. Auch stellen die angedeuteten Eigenschaften (verschwenderisch, nur auf Äußerlichkeiten bedacht, oberflächlich) zusätzlich disqualifizierende Merkmale dar. Stocking & Zillmann (1988) begründen diese Tendenz bei Frauen, solche ihr eigenes Geschlecht herabwürdigende Witze zu benutzen, mit der höheren Akzeptanz: »Hier liegt das Argument nahe, daß im Genuß von Humor die Akzeptanz kultureller Normen mitschwingt, die den Männern Dominanz und den Frauen Unterordnung zuschreiben [...] Man könnte natürlich das Argument bringen, daß Frauen sich lieber auf Kosten von Frauen amüsieren, nicht, weil sie für Frauen weniger positive Gefühle haben, sondern weil Unterwürfigkeit von Frauen in unserer Gesellschaft grundsätzlich akzeptiert ist und es deshalb Frauen wie Männern leichter fällt, Frauen dominiert zu sehen.«¹⁵

Weibliche Sprache – männliche Abwehr

Die in den zusammengestellten Beispielen veranschaulichte Abwertung von Frauen in einem demokratisch legitimierten Gremium, insbesondere die hochemotionale Reaktion auf die weibliche Sprachform, ist mit rationalen Argumenten kaum zu erklären. Nur wenige Wissenschaftlerinnen haben allerdings bisher versucht, aus psychoanalytischer Sichtweise die Frage der sprachlichen Repräsentanz von Frauen zu thematisieren. Dafür ist die Deutung von Barbara Gissrau um so interessanter. Sie weist nach, daß auch in der Psychoanalyse Frauen sprachlich ausgeblendet werden. Bei Freud z. B. treten Frauen nur als Objekte in einer Männergesellschaft auf. Gissrau fordert, daß gerade PsychoanalytikerInnen auf »Wahrhaftigkeit« in der Sprache achten sollen, denn: »Wer Weibliches in der Sprache nicht beachtet, hält es auch für unwichtig, denn Nicht-Beachtung kann man/frau sich – wie auch sonst – nur gegenüber Dingen leisten, deren Bedeutung peripher ist.«¹⁶

Immer noch halten selbst viele politisch engagierte Frauen den Kampf um die Sprache für kleinkariert und sehen wichtigere Arbeitsfelder für sich. Ich bin jedoch der Ansicht, daß der Weg zur Macht nicht nur über physische Präsenz von Frauen in bestimmten Positionen erreicht werden kann, so wichtig das sicherlich ist. Mit einer Veränderung der Sprache, insbesondere der Sprachform, kann viel erreicht werden. Einige Untersuchungen zeigen, daß sogar ein Zuwachs an Selbstwertgefühl mit sprachlichen Änderungen verbunden sein kann. So wurde z.B. in amerikanischen Untersuchungen bei Studentinnen beobachtet, daß sie sich besser fühlten und auch bessere Leistungen erbrachten, nachdem das generische »she« (anstelle des generischen he) benutzt wurde. Dies bestätigt, wie wichtig die Repräsentation durch Sprache ist. Die aggressive Abwehr von männlicher Seite bestätigt den Stellenwert der weiblichen Sprachformen einmal mehr, wie auch Gissrau anmerkt: »Ich meine, daß gerade am Widerstand gegen solche Änderungen im Gebrauch mancher Worte sichtbar

wird, wie sehr Sprache mit Identitätsbildung zusammenhängt. [...] Handelt es sich hier vielleicht um eine Form von Abwehr? Könnte allein im Sichtbarwerden des Weiblichen in der Sprache eine Bedrohung (*männlicher*) Identität liegen? – [...] Diese und andere Ergebnisse [...] sprechen für die Wahrscheinlichkeit der These, daß es einen kollektiven männlichen Narzißmus gibt, der ein weibliches *Subjekt* neben sich nur schwer dulden kann und es nach Möglichkeit negiert.«¹⁷

Die Sprachanalysen zeigen aber auch, wie schwierig es für Frauen ist, sich von den ihnen anerzogenen Kommunikationsformen zu entfernen. Aggressives, dominantes Auftreten wird auch von anderen Frauen wenig goutiert. Strategisch eingesetztes »weibliches Verhalten« dagegen entspricht der Norm und ist so in vielen Fällen sogar das erfolgversprechendere Mittel. Bleibt anzumerken, daß für die geschilderten Diskriminierungen nicht nur (wenn auch sicherlich hauptsächlich) die chauvinistischen Männer verantwortlich sind, sondern daß auch Frauen einen Beitrag leisten: Der Machtanspruch der Männer wird (leider) immer noch durch die Akzeptanz der Verhältnisse von vielen indirekt und direkt unterstützt.

- 1 Burkhard (1990).
- 2 Burkhardt (1990), S. 2.
- 3 Burkhardt (1990), S. 3.
- 4 Vgl. dazu den Forschungsüberblick bei Michard & Violet (1991).
- 5 Trömel-Plötz / Guentherodt / Hellinger & Pusch (1982).
- 6 Schoenthal (1989).
- 7 Mayer (1989).
- 8 Pusch (1990)
- 9 Sellach (1987), S. 133.
- 10 Werner (1981).
- 11 Maltz & Borker (1982).
- 12 Trömel-Plötz (1984).
- 13 Thimm (1990).
- 14 Cantor (1976).
- 15 Stocking & Zillmann (1988), S. 217.
- 16 Gissrau (1990)
- 17 Gissrau (1990), S. 364.

Literatur

- Burkhardt, Armin (1990): »Zur Sache, Schätzchen!« Chauvi-Sprüche im Parlament. In: Der Sprachreport, 2, S. 1–3.
- Cantor, Joanne (1976): What's funny to whom? In: Journal of Communication 26,(3), S. 315–321.
- Gissrau, Barbara (1990): »Der Analytiker und sein Patient«. Ein Plädoyer für die sprachliche Sensibilisierung gegenüber der Geschlechterdifferenz innerhalb der Psychoanalyse. In: Psyche 44, April 1990, S. 356–365.
- Maltz, Daniel & Borker, R. (1982): A cultural approach to male – female miscommunication. In: Gumperz, J. (ed): Language and Social Identity. Cambridge.
- Mayer, Reinhard (1989): Anmerkungen zum feministischen I. In: Der Sprachdienst 6, S. 172–175.
- Michard, Carol & Viollet, C. (1991): Sex and Gender in Linguistics. Fifteen Years of Feminist Research in the United States and Germany. In: Feminist Issues, 11 (1), S. 53–88.
- Pusch, Luise (1990): Alle Menschen werden Schwestern. Frankfurt/M.
- Schoenthal, Gisela (1979): Personenbezeichnungen im Deutschen als Gegenstand feministischer Sprachkritik. In: Zeitschrift für germanistische Linguistik 17, S. 300–325.
- Sellach, Brigitte (1987): »Sie mit ihrem Frauentick!«. Als Feministin im Parlament. In: Willkop, Lydia (Hgin): Die Hüter der Ordnung. Aus den Einrichtungen des Patriarchats. München, S. 120–136.
- Stocking, Holly & Zillmann, D. (1988): Humor von Männern und Frauen. Einige kleine Unterschiede. In: H. Kotthof (Hgin): Humor und Macht in Gesprächen von Frauen und Männern. Frankfurt a. Main, S. 210–232.
- Thimm, Caja (1990): Dominanz und Sprache. Strategisches Handeln im Alltag. Wiesbaden.
- Trömel-Plötz, Senta / Guentherodt, I. / Hellinger, M. / Pusch, L. (1982): Richtlinien zur Vermeidung sexistischen Sprachgebrauchs. In: Heuser, Magdalene (Hgin): Frauen-Sprache-Literatur. Paderborn, S. 84–90.
- Trömel-Plötz, Senta (1984) (Hgin): Gewalt durch Sprache. Die Vergewaltigung von Frauen im Gespräch. Frankfurt/Main.
- Werner, Fritjof (1981): Gesprächsarbeit und Themenkontrolle. In: Linguistische Berichte 71, S. 26–46.

Helmut Schönfeld

Auch sprachlich beigetreten?

Sprachliche Entwicklungen im zusammenwachsenden Berlin

1. Sprachliche Probleme in Berlin

»Es gibt immer noch eine ›sprachliche Mauer‹.« »Die ›Altlasten der Sprache‹ müssen beseitigt werden.« (»Bild«-Zeitung vom 21.5.1991) »Wir haben die Sprache verloren.« »Die ha'm die Einheit jewollt, die ha'm die Einheit jewollt und müssen sich nun unsern Jargon aneignen«, erklärte eine Westberlinerin (ca. 25 Jahre alt) auf die Frage eines Fernsehreporters.¹ Eine Fülle solcher und ähnlicher Äußerungen in den Medien und bei Befragungen geben die Empfindungen zahlreicher Berliner zur Sprache und zum Sprachgebrauch nach 1989 wieder. Teilweise zeigt sich hier Hilflosigkeit. Aus konkreteren Angaben von Ostberlinern geht hervor, daß häufig nicht nur sprachliche, sondern auch sachliche Neuerungen das Leben erschweren, Emotionen sowie Identitätsprobleme auslösen. Eine Ostberlinerin schrieb in der »Berliner Zeitung«: »Wir brauchen ein neues Lexikon. Wer hat denn nur diese albernen und kindischen Abkürzungen wie Trabi, Ossi, Wessi, Kita und nun auch noch Zivi erfunden. Als ich Kita las, dachte ich, es sei ein neuer Mädchename. Am besten wäre, es käme ein Heft mit diesen Worten und ihren Erklärungen heraus. Ausländer wissen bestimmt nicht, was sie bedeuten sollen.«² Eine Ostberliner Schriftstellerin äußerte: »Ich verstehe diese Bürokratie nicht mehr. [...] Und überhaupt, die neue Amtssprache – mir unverständlich.«³ Ein Ostberliner Autoschlosser merkte an: »Wer weiß schon mit den neuen Formularen Bescheid? Da müßten mehr Beratungsstellen eingerichtet werden, sonst bleiben viele auf der Strecke.«⁴

Während der Teilung Deutschlands hatten sich zwei Staaten mit unterschiedlichen Wirtschafts- und Sozialsystemen